

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: **19.01.2015**
Antragsnr.: **007/2015**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **VI/66**
mit Referat: **I/31**



Stadtratsfraktion

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
e-mail: buero@gl-erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:
Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 19.01.2015

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

**Dringlichkeitsantrag zum UVPA am 20.01.2015:
Radwege an der Schwabach mit Hochwasserschutz realisieren**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen:

Die im Bebauungsplan 344 vorgesehenen Radwege im Bereich der Schwabach zwischen Essenbacher Brücke und Eisenbahn werden im Rahmen des geplanten Hochwasserschutzes realisiert, um Synergieeffekte (z.B. Grundstücksverhandlungen, Bau der Brückenfundamente) nutzen zu können.

Begründung: Der rechtskräftige Bebauungsplan 344 sieht im Bereich des geplanten Hochwasserschutzes zwei Rad-und-Fußwegbrücken über die Schwabach mit den zugehörigen Wegen vor. Diese würden es ermöglichen, von den Werkern unter Auto- und Eisenbahn hindurch kommend nicht beim Böttigersteig wieder auf die - hier sehr enge - Bayreuther Straße zu müssen, sondern entweder nach Süden direkt zur Jahnstr. oder entlang der Schwabach nach Südosten zur Bayreuther Str. bei der Einmündung der Haagstr. zu gelangen. Die erstgenannte Route würde eine attraktive Verbindung zur Innenstadt über die Fuchsenwiese ermöglichen, die zweite mit einem dann geschlossenen Radweg entlang der Schwabach neben der Verbindung zur östlichen Innenstadt auch Naherholungsbedürfnisse befriedigen.

Wann immer der geplante Hochwasserschutz Thema z.B. im UVPA war, haben wir auf diesen Bebauungsplan und die Möglichkeit Synergieeffekte hingewiesen. Auch wenn wir bei diesen Gelegenheiten immer positive Rückmeldungen erhalten hatten, ist bei uns aufgrund diverser Gespräche mittlerweile der Eindruck entstanden, dass es in der Verwaltung keine einheitliche Sichtweise z.B. über die Notwendigkeit beider Radwege gibt.

Wir sind daher der Meinung, dass die Politik der Verwaltung einen klaren Auftrag geben sollte, z. B. auch für mögliche Probleme bei Grundstücksverhandlungen.
Die Dringlichkeit ergibt sich aus dem fortgeschrittenen Stand der Planungen zum Hochwasserschutz.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Harald Bußmann



F.d.R.: Wolfgang Most